

Antrag

der Abgeordneten Klaus Hofbauer, Peter Hintze, Peter Altmaier, Dr. Ralf Brauksiepe, Albert Deß, Maria Eichhorn, Georg Girisch, Dr. Reinhard Göhner, Dr. Wolfgang Götzer, Horst Günther (Duisburg), Ursula Heinen, Ernst Hinsken, Bartholomäus Kalb, Rudolf Kraus, Dr. Martina Krogmann, Dr. Gerd Müller, Dr. Friedbert Pflüger, Hans-Peter Repnik, Hannelore Rönsch (Wiesbaden), Dr. Klaus Rose, Max Straubinger, Matthäus Strebl, Michael Stübgen, Arnold Vaatz, Annette Widmann-Mauz, Benno Zierer und der Fraktion der CDU/CSU

Die deutschen Grenzregionen auf die EU-Erweiterung durch einen Grenzgürtel-Aktionsplan vorbereiten

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Die bevorstehende Osterweiterung ist die wichtigste und zugleich schwierigste Aufgabe der Europäischen Union (EU). Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus haben wir die historische Chance, erstmals die unnatürliche Spaltung unseres Kontinents zu überwinden. Durch die Erweiterung der EU lassen sich Rechtsstaat, Demokratie und soziale Marktwirtschaft auch in Mittel- und Osteuropa dauerhaft verankern. Es liegt im gesamteuropäischen Interesse, das Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West wesentlich zu verringern. Die großen politischen und wirtschaftlichen Vorteile der Erweiterung für Europa überwiegen deutlich die Risiken. Dieses gilt auch für die Grenzregionen.
 2. Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Grenzregionen an den bisherigen Außengrenzen der EU haben sich in den letzten Jahren erheblich verändert: Einerseits wird die Angleichung von Infrastruktur und Lebensverhältnissen der ehemaligen DDR an das europäische Niveau auch in den nächsten fünf Jahren noch nicht erreicht. Andererseits sorgen die immer stärker wirkenden Globalisierungstendenzen, das Fortschreiten der EU-Integration und die bevorstehende EU-Osterweiterung nicht nur für positive Entwicklungen, sondern auch für zunehmenden Anpassungsdruck und verschärften Wettbewerb. Vor allem in strukturschwachen Regionen muss die Politik nachdrücklich darauf hinwirken, dass die Chancen die Risiken übersteigen.
 3. Die Politik der Bundesregierung ist in Bezug auf die innerstaatlichen Folgen der in den nächsten Jahren zu erwartenden EU-Osterweiterung von fehlendem Engagement und Konzeptionslosigkeit geprägt. Die Grenzregionen sind von der Osterweiterung naturgemäß besonders betroffen. Manche Probleme, aber auch viele der Vorteile treten dort früher oder stärker ein als in

der übrigen EU. Dabei ist festzustellen, dass die bevorstehende Erweiterung für die heute auftretenden Probleme nicht ursächlich ist, sondern sie durch Angleichung der Wettbewerbsbedingungen zur Lösung der Probleme beitragen wird. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der Öffnung der Grenzen stehen die Grenzregionen vor großen Herausforderungen. Die Menschen wurden nach überdurchschnittlicher Zurückgezogenheit mit überdurchschnittlich starken Veränderungen, zunehmendem Anpassungsdruck und stärkerem Wettbewerb konfrontiert. Sie sind auf die Erweiterung unzureichend vorbereitet.

Die Europäische Kommission, insbesondere EU-Kommissar Günter Verheugen, sieht diesen Mangel auch. Sie hat einen Aktionsplan vorgeschlagen, um die Grenzregionen gezielt auf die Herausforderungen vorzubereiten, die nach der EU-Erweiterung zu erwarten sind. Notwendig sind in den Grenzregionen vor allem Hilfen für die grenzüberschreitende Kooperation, für die Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen, für die Verkehrsinfrastruktur, zur Sprachenförderung, im Bereich der Kultur und Kunst, im Sport sowie im persönlichen und beruflichen Bereich. Die kommunale Zusammenarbeit muss auch in Zukunft Motor und die Grundlage für die weitere Entwicklung der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechischen Beziehungen sein. Die gute Nachbarschaft und die gute Zusammenarbeit zum Wohl der Menschen müssen auf allen Ebenen verstärkt werden.

4. Besonderer Handlungsbedarf besteht bei der Verbesserung von Infrastrukturmaßnahmen. Weder das Investitionsprogramm der Bundesregierung für den Straßenbau noch das Anti-Stau-Programm haben in Bezug auf die Straßenverkehrsinfrastruktur ein effizientes Konzept zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse bzw. einen akzeptablen Zeitplan zur Fertigstellung der fehlenden Verbindungen mit sich gebracht. Dabei ist seit langem klar, dass seit der Öffnung des Eisernen Vorhangs, insbesondere zwischen Deutschland und der damaligen Tschechoslowakei sowie Polen, der Verkehr in den Grenzgebieten um mehrere hundert Prozent, teilweise sogar über 1 000 Prozent zugenommen hat.

Im Bereich der Schiene ist zu befürchten, dass wichtige überregionale Verkehrsverbindungen von der Deutschen Bahn AG rigoros reduziert bzw. gestrichen werden. Die Bundesregierung kommt ihrer Verpflichtung gemäß Artikel 87e GG, das Wohl der Allgemeinheit in Bezug auf die überregionalen Schienenverkehrsangebote sicherzustellen, nicht mehr in genügender Weise nach. Initiativen der Bundesregierung, um den zunehmenden Straßengüterverkehr in der Grenzregion auf die Schiene umzulenken, fehlen ganz.

5. Für den Ausgleich regionaler Unterschiede bei Einkommen und Beschäftigung, Verkehr, Städtebau, Mittelstands- und Innovationsförderung verfügen Bund und Länder über ein sehr wirksames Instrument: die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA). Wesentliche Erfolge der Strukturpolitik sind mit diesem Instrument in den vergangenen Jahren erreicht worden.

Die Ergebnisse der Strukturpolitik der letzten Jahre zeigen, dass komplexe Regionalprobleme von einer Ebene allein – national oder europäisch – nicht gelöst werden können. Eine enge Abstimmung und Verzahnung zwischen der nationalen und EU-Entscheidungsebene wäre notwendig, um die Wirksamkeit der jeweiligen Instrumente zu stärken. Diese Verzahnung ist besonders deshalb dringlich, weil einerseits der regionalpolitische Handlungsbedarf steigt, während andererseits die Handlungsmöglichkeiten durch Mittelkürzungen und andere Friktionen abnehmen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf,
1. parallel zu den laufenden EU-Beitrittsverhandlungen einen Grenzgürtel-Aktionsplan aufzustellen, der Maßnahmen vorsieht, um den Anpassungsbedarf im Zusammenhang mit dem Beitritt abzufedern und die Grenzregionen durch ein Maßnahmenpaket aktiv auf den Beitritt vorzubereiten. Diese Maßnahmen müssen sowohl wirtschafts-, arbeitsmarkt- und strukturpolitische als auch soziokulturelle Aspekte umfassen;
 2. in Brüssel die Verabschiedung eines EU-Förderprogramms für die deutschen Grenzregionen entlang der bisherigen Außengrenzen der EU zu erreichen nach dem Vorbild des EU-Sonderprogramms für Italien und Frankreich im Rahmen des Integrierten Mittelmeerprogramms (IMP) aus Anlass des Beitritts süd- und südosteuropäischer Länder zur EU;
 3. für eine konsequente und vor allem zeitgerechte Umsetzung der Leitlinien für die Transeuropäischen Netze (TEN) zu sorgen und die überregionalen Straßen- und Schienenverbindungen in den Regionen an den bisherigen Außengrenzen der EU (Verkehrsprojekte EU-Osterweiterung) den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit gleichzustellen. Besondere Bedeutung kommt der raschen Verwirklichung der Ost-West-Verbindungen zu;
 4. unter Beibehaltung der Kriterien für europäische Zielgebiete und bei Anerkennung des fortbestehenden Förderungsbedarfs für diese Zielgebiete das Förderinstrument der Gemeinschaftsaufgabe (GA) als bewährtes Mittel der Strukturförderung nicht nur beizubehalten, sondern im Hinblick auf mögliche regionale Risiken der EU-Osterweiterung zu stärken und – nach Absprache mit den Ländern – mit einem jährlich ansteigenden Mittelansatz auszustatten;
 5. eine Initiative im Ministerrat zu ergreifen mit dem Ziel, einen hinreichenden Handlungsspielraum für die Mitgliedstaaten bei der konkreten Umsetzung der EU-Strukturförderung zu gewähren. Die Bundesregierung muss insbesondere darauf hinwirken, dass die Regionen einen größeren Ermessensspielraum in der Beihilfepolitik erhalten;
 6. bis zur Konferenz zur Überprüfung des finanziellen Rahmens der EU im Jahr 2003 Strategien zu entwickeln, wie nach dem Auslaufen des jetzigen Förderzeitraums in der EU im Jahr 2006 für die Strukturpolitik die positiven Ansätze der EU- und der nationalen Fördermaßnahmen weitergeführt werden können.

Berlin, den 14. November 2000

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

